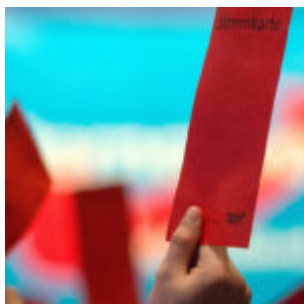


Rote Karte für Petrys Strategieantrag



Aus Angst vorm Tode Selbstmord zu begehen war noch nie eine gute Lösung. Wer den nun bekannt gewordenen „Sachantrag zur strategischen Ausrichtung der AfD“ von Parteisprecherin Frauke Petry und anderen für den bevorstehenden Bundesparteitag überprüft, kommt zu dem Ergebnis, dass die Antragsteller aus Angst vor Terror, Hetze und Diffamierung gegen die AfD unter dem Schlagwort „Realpolitische Strategie“ ganz schnell eine innerhalb des etablierten Parteiensystems angepasste, koalitionswillige, das innerparteiliche Meinungsspektrum stark verengende politische Kraft werden wollen. Die Antragsteller tun das sowohl in Kenntnis des kläglichen Schicksals der Lucke-Abspaltung als auch in dem Bewusstsein und der Absicht, eine starke Minderheit oder sogar die Mehrheit der Parteimitglieder und der Abgeordneten in Landtagen und Kommunalparlamenten damit entweder auszugrenzen oder zu disziplinieren.

(Von Wolfgang Hübner, Frankfurt)

Dieser Antrag, der eine „Grundsatzentscheidung“ auf dem Kölner Bundesparteitag bewirken soll, ist zweifellos geeignet, fünf Monate vor der Bundestagswahl und fast unmittelbar vor den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen die AfD mit für diese Partei katastrophalen Folgen zu zerreißen und zu spalten. Im Interesse der Zukunft Deutschlands, im Interesse von Millionen Wählern auf der Suche nach einer politischen Heimat muss das verhindert werden. Dazu

bedarf es nun bei aller berechtigten Empörung, Wut und Enttäuschung über diesen faktischen Spaltungsversuch von Petry und anderen kühlen Verstand, Weitblick und zur Not auch einer listigen Reaktion. Bevor diese Möglichkeiten entwickelt werden, muss der Antrag näher betrachtet werden. Der Antragstext lautet:

Hiermit beantrage ich, dass der Bundesparteitag der Alternative für Deutschland folgende Grundsatzentscheidung über die strategische Ausrichtung der Partei trifft: Die AfD entscheidet sich für den realpolitischen Weg einer bürgerlichen Volkspartei, um innerhalb der kommenden Jahre grundsätzlich in der Lage zu sein, relative Mehrheiten auf allen politischen Ebenen erzielen zu können und damit als stärkster oder mindestens gleichrangiger politischer Partner in Parlamenten richtungweisende Politik umsetzen zu können.

Erstens: Petry setzt sich darüber hinweg, dass die wirkliche Grundsatzentscheidung schon getroffen wurde, nämlich in Form der innerparteilich erarbeiteten programmatischen Festlegungen. Im Hinblick und Vergleich zu allen anderen relevanten deutschen Parteien haben diese Festlegungen fundamentaloppositionellen Charakter und ernten deshalb den entschiedensten Widerstand bei diesen Parteien und den konformistischen Massenmedien und Institutionen. Will also Petry andere programmatische Festlegungen?

Zweitens: Der Gebrauch des Begriffs „realpolitischer Weg“ ist entweder eine Trivialität, weil sich alle Politik in der Realität abspielt und auf diese einwirkt bzw. von dieser beeinflusst wird. Oder er wird als Codewort zur Signalisierung des bereitwilligen angepassten Mitwirkens im etablierten Parteienspektrum verwendet. Letzteres dürfte zutreffend sein. Doch glauben Petry und ihre Mitunterzeichner tatsächlich, ein kastriertes Schmuddelkind „AfD“ könne ein Koalitionspartner sein, der für irgendjemand oder irgendwas noch attraktiv sein könnte?

Drittens: Petry sollte zur Kenntnis nehmen, dass es in CDU/CSU bereits eine „bürgerliche“ Volkspartei gibt, deren 70-jährige Verankerung im politischen und gesellschaftlichen Leben Deutschlands geschwächt und bekämpft werden kann (und muss!), die aber doch nicht von der AfD übernommen werden kann (und darf!). Gebraucht wird keine neue „bürgerliche Volkspartei“ im Sinne einer besseren, rechteren CDU, sondern eine moderne patriotisch-freiheitliche Volkspartei, in der sich Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten zusammenfinden können, um Deutschland als Nation vor ihrer Auflösung, vor der Vernichtung von Sozialer Marktwirtschaft und Sozialstaat, vor dem Verlust kultureller Identität und der Knebelung „politischer Korrektheit“ zu bewahren. Es ist anzunehmen, dass ökonomisch saturierte obere Mittelschicht-, Oberschicht- und sogenannte „Elite“-Wähler dazu weniger bereit sind als Normal- und Geringverdiener, Klein- und Normalrentner, Hartz4-Geschädigte oder andere „Vergessene“.

Viertens: Ob die AfD „innerhalb der kommenden Jahre“ relative Mehrheiten „auf allen politischen Ebenen erzielen kann“, hängt von den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, der Reaktion der Wähler auf diese Entwicklungen und natürlich auch von den Aktionen und Positionierungen der AfD ab. Überstürzte, inhaltlich völlig unzureichend ausgewiesene „Grundsatzentscheidungen“ nutzen überhaupt nichts, sondern richten nur Schaden an. Träume von baldigen „relativen Mehrheiten“ (was sind das eigentlich?) und Partnerschaften (also Koalitionen) mit der AfD als „stärkster oder mindestens gleichrangiger politischer“ Kraft kann Petry gerne hegen – realpolitisch ist das jedoch noch auf unbestimmte Zeit illusionär und daher kein Thema.

Denkwürdige Begründung des Spaltungsantrags

Die Begründung des Antrags ist weit umfangreicher als dieser selbst, aber noch schlechter und konfuser. Es wird offensichtlich bedauert, dass es in der AfD „unterschiedliche Auffassungen über den strategischen Weg zur Veränderung

Deutschlands im Sinne unserer Politik“ gibt. Doch was gibt es innerhalb einer demokratischen Partei Normaleres als solche „unterschiedlichen Auffassungen“, zumal in einer noch so jungen, in vieler Beziehung noch reifenden Partei? Vorerst und noch für längere Zeit kommt es für die AfD einzig und allein darauf an, so viele Stimmen und Mandate wie nur möglich zu gewinnen. Das gelingt nur über scharfe inhaltliche Abgrenzung zu allen anderen politischen Kräften. Das ist die Strategie, die gebraucht wird. Spekulationen über künftige Partnerschaften oder Koalitionen sind vor der Bundestagswahl nur überflüssig und lächerlich.

Unter der Überschrift „Fundamentaloppositionelle Strategie“ wird auf Basis von Äußerungen Alexander Gaulands in der „Jungen Freiheit“ eine Strategie skizziert, von der sich Frauke Petry fundamental distanzieren will. Diese Skizze ist ein merkwürdiges Gemisch von allerlei Unterstellungen, offenbart wider Willen allerdings auch, wie tatsächlich realistisch bestimmte Elemente einer „fundamentaloppositionellen Strategie“ in der deutschen Wirklichkeit sind. Besondere Brisanz hat die betonte Distanzierung Petrys von Gauland. Damit ist bewiesen, dass es beim Versuch des Parteiausschlusses von Björn Höcke schon immer um die Ausgrenzung eines bedeutenden Teils der AfD-Mitglieder und bisherigen politischen Positionen ging und geht.

Die Ausführungen zur sogenannten „Realpolitischen Strategie“ sind geprägt von dem Drängen nach Koalitionen (mit wem?) und Illusionen. Dann aber kommt der eigentliche Hammer: Nämlich die Behauptung der Unverträglichkeit von „fundamentaloppositioneller“ und „realpolitischer“ Strategie. Deshalb sollen alle Anhänger „fundamentaloppositioneller“ Absichten und Tendenzen entweder ausgeschieden oder unter die Knute einer „entsprechenden Beschlusslage“ gezwungen werden. Einen „Wettstreit um die vermeintlich bessere Strategie“ soll es deshalb nicht geben, weil die gewählte Strategie größte

Disziplin verlange, diese Zeit aber nicht bleibe und deshalb nur die „realpolitische Strategie“ gewählt werden könne! Eine solche Begründung ist nicht nur anmaßend und erpresserisch, sie ist auch armselig und eine faktische inhaltliche Bankrotterklärung derer, die so was formuliert haben, vorrangig von Petry.

Was ist nun zu tun, um die beabsichtigte Spaltung der AfD auf dem Bundesparteitag abzuwenden?

1. Druck der Parteimitglieder auf Petry, diesen Spalterantrag noch vor Köln zurückzuziehen.

2. Wenn das nicht klappt, auf dem Bundesparteitag Antrag auf Nichtbefassung mit dem Spalterantrag.

3. Wenn sich auch das nicht durchsetzen lässt, gibt es nur noch eine Möglichkeit, die Spaltung zu verhindern: Alle Gegner dieses Antrags stimmen diesem schädlichen, aber für wirklich strategische Grundsatzentscheidungen auch untauglichen Antrag provokativ zu – und scheren sich danach einen Teufel um diesen Antrag. Das ist nicht ohne Risiken und Nebenwirkungen, aber besser als die Spaltung der AfD zum jetzigen Zeitpunkt. Auf keinen Fall sollten die Gegner Petrys in die Falle laufen und eine Niederlage mit einem Gegenantrag oder einer knappen Mehrheit für den Spalterantrag riskieren.

Für Frauke Petry wird dieses Vorgehen ohnehin eher über kurz als über lang das Ende ihrer bisherigen Führungsrolle, vielleicht auch das Ende in der AfD bedeuten. Wer auf diese Weise führen und bestimmen will, hat und verdient keine Zukunft in einer Partei, die sich Alternative für Deutschland nennt und auch eine sein muss.